

Haupt, Paul

Article — Digitized Version

Gewerkschaftsbildungen in den Entwicklungsgebieten

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Haupt, Paul (1957) : Gewerkschaftsbildungen in den Entwicklungsgebieten, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 37, Iss. 1, pp. 26-32

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/132405>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Gewerkschaftsbildungen in den Entwicklungsgebieten

Paul Haupt, Brüssel

Der Umformungsprozeß, der sich in der Sozialstruktur der Entwicklungsgebiete durch Auflösung der traditionellen Ordnung vollzieht, verlangt die Herausbildung neuer Organisationsformen. Mit der fortschreitenden Industrialisierung ergeben sich im gesellschaftlichen Leben ähnliche Probleme, wie sie sich zu Beginn des Industriezeitalters den jetzt hochindustrialisierten Ländern stellen. Kein Wunder, daß man versucht, Organisationsformen, die damals entstanden sind und sich im Laufe der Entwicklung bewährt haben, auch in den jungen Industrieländern zu bilden. Aus einer sehr intimen Kenntnis der Verhältnisse schildert der Verfasser die Entstehung gewerkschaftlicher Zusammenschlüsse in den Entwicklungsgebieten. Dabei ist es sein großes Verdienst, auf den Unterschied der sachlichen und menschlichen Voraussetzungen aufmerksam zu machen, der gegenüber der klassischen Gewerkschaftsbewegung besteht. Beim Fehlen einer eigenen Ideologie sind diese jungen Gewerkschaftsgründungen oft dem Zwiespalt der ideologischen Konkurrenz der Weltorganisationen ausgesetzt, die um sie werben.

Die Gewerkschaftsbewegung, die in den Werkstätten und Industriebetrieben des liberal-kapitalistischen Zeitalters entstanden ist, erstreckt sich heute auch auf Handel, Verwaltung, öffentliche Dienste usw. Darüber hinaus sind in einzelnen Ländern gewisse Gruppen freier Berufe in einer Form zusammengeschlossen worden, die gewerkschaftlich genannt werden kann. Um ein vollständiges Bild von der Gewerkschaftsbewegung in den Gebieten zu geben, die heute am Anfang der industriellen Entwicklung stehen, muß man gerade die Tatsache berücksichtigen, daß die moderne Gewerkschaftsbewegung weit über den Fabrikarbeiter hinausgegriffen hat.

In manchen solcher Staaten, die erst nach dem letzten Weltkrieg frei und souverän geworden sind, werden Gewerkschaften gegründet, noch ehe die Schaffung einer einwandfreien Verwaltung und ziviler öffentlicher Dienste gelingt. In anderen Fällen handelt es sich um koloniale Territorien, deren Eingeborene man bewußt mit dem Ziel späterer Selbstverwaltung in Verkehrswesen, Verwaltung und öffentliche Dienste eingliedert. Mit dem Phänomen der Gewerkschaftsbewegung haben sich deshalb in den neuen Industriebezirken und in den neu entstandenen halbsouveränen oder souveränen Staaten nicht nur der private Arbeitgeber (und die Polizei), sondern auch Verwaltung und Regierung auseinanderzusetzen. Diese Auseinandersetzung kann verschoben werden. Aber es scheint, daß es dabei eine gewisse Grenze gibt und daß die Entwicklung einer Gewerkschaftsbewegung als Begleiterscheinung von Industrialisierung und moderner Staatsorganisation hingenommen werden muß, wenn nicht Krisen und Machtkämpfe heraufbeschworen werden sollen. Das diktatorische Verbot von Gewerkschaftsgründungen und gewerkschaftlicher Tätigkeit kann am Anfang oder Ausgang solcher Krisen stehen.

ANSATZPUNKTE

Die gewerkschaftliche Organisierung ist heute in den meisten Staaten, die im Gefolge des zweiten Weltkriegs entstanden sind, aber auch in der Mehrzahl der kolonialen Territorien eine akute Frage. Als Folge der unterschiedlichen Voraussetzungen sind

sehr vielfältige Spielarten der Gewerkschaftsorganisation entstanden, selbst wenn man vom Sowjetblock mit seinen Pflichtgewerkschaften als Produktivorganen absieht, und es gibt eine bunte Reihe von Stellen und Organen, die auf diese Gewerkschaftsbildung Einfluß nehmen oder nehmen wollen. Hinzu kommt die oft bewußt betriebene Einspannung junger Gewerkschaften für politische Zwecke, wie sie gegenwärtig beispielsweise in Algerien, Cypern und Ägypten eine Rolle spielt.

Bis zum ersten Weltkrieg war es eine allgemeine Erscheinung, daß die Gewerkschaftsbildungen in den damals jungen und neu entstehenden Industriebezirken und Großstädten, z. B. in Südamerika, aus der Initiative eingewanderter Arbeitskräfte entsprangen und daß der Staat ihnen ablehnend, wenn nicht gar feindselig gegenüberstand. Die starken Eisenbahner-Gewerkschaften in Chile und Argentinien waren eigentlich eine Gründung der für den Eisenbahnbau herangezogenen Europäer, die dann in den Bahnbetrieb übernommen wurden. Andere Gewerkschaften wurden von geflüchteten spanischen Gewerkschaftlern gegründet. Die Seeleute und Hafendarbeiter der modernisierten Häfen haben ebenfalls am europäischen und nordamerikanischen Beispiel gelernt. Eine planmäßige direkte Organisierung wurde nur einmal von der nordamerikanischen AFL — mit wenig Erfolg — unternommen. Die sozialistisch-gewerkschaftliche Parole „Arbeiter aller Länder vereinigt Euch“ stand zwar größer als heute über den Kongressen der früheren Gewerkschaftsinternationalen, aber sie waren weder apparatmäßig noch finanziell in der Lage, die Bildung von Gewerkschaften in neuen überseeischen Industriebezirken zu betreiben. Erst der Ausgang des ersten Weltkriegs mit seiner Aufspaltung der Arbeiterbewegung in kommunistische, sozialistische und christliche Richtungen (daß die christliche Arbeiterbewegung schon lange vor dem Krieg neben der sozialistischen bestand, spielt in diesem Zusammenhang kaum eine Rolle) führte zu der ersten umfassenderen Werbung um das junge Industrieproletariat, das in den Entwicklungsgebieten neu entstand.

Dieses Ringen um die neu entstehenden Gewerkschaftsgebilde hat sich heute verstärkt. Man wirbt nicht mehr nur bei den schon bestehenden Gewerkschaften, sondern man sendet heute sogar besondere Agitatoren und Organisatoren aus, um in jenen Ländern Gewerkschaftsbildungen überhaupt erst zu propagieren. Dabei stößt man jedoch oft auf andere Interessentenkreise und Organe, die ihrerseits das entstehende Gewerkschaftswesen betreuen (und beeinflussen) möchten.

Ausgangspunkt einer Gewerkschaftsbildung kann in jungen Industriegebieten sowohl das Beispiel in anderen Ländern als auch ein Konflikt mit dem Arbeitgeber sein. Das europäische Beispiel war z. B. bei der Erschließung der Kupferminen in Rhodesien entscheidend. Das englische Personal behielt seine englische Gewerkschaftsangehörigkeit bei, bis ein selbständiger Verband gebildet werden konnte. Die schwarze Arbeiterschaft wurde nicht zugelassen. Sie gründete daraufhin eine eigene Kupferarbeiter-Gewerkschaft. Ähnliches ging — schon vor der neuen Rassengesetzgebung — in Südafrika vor sich. Ein weiteres Beispiel bilden die Erdölraffinerien Curaçao, in denen es bis vor zwei Jahren nur einen Verband der höheren Personalkategorien (meist Nicht-Einheimische) gab, von dessen Beispiel die niedrigeren Arbeiterkategorien das Recht ableiteten, ebenfalls einen Verband zu gründen, dessen Anerkennung sie unter recht harten Kämpfen durchsetzten. Aber auch ohne das Beispiel exklusiver Gewerkschaftsverbände mit ausschließlich oder vorwiegend europäischen Mitgliedern führen Arbeitskonflikte — im Zuge der Vertretung gemeinschaftlicher Forderungen und der Wahl von Vertretern zu Verhandlungen über diese Forderungen — meist früher oder später zur Bildung gewerkschaftlicher Vereinigungen, soweit sie nicht gesetzlich verboten sind. Aber nicht nur die Art der Gewerkschaftsbildung berührt sich oft weitgehend mit dem Entstehen von Gewerkschaften in Europa und Nordamerika zu Beginn des industriellen Zeitalters, sondern auch die Rolle der Intellektuellen und der politischen Parteien ist in vielen jungen Gebieten oft mindestens so wesentlich wie bei der Gewerkschaftsbildung des vorigen Jahrhunderts in Europa, allerdings mit einem großen Unterschied.

DI E FUHRUNGSROLLE DES INTELLEKTUELLEN

Stand nämlich bei der Gründung der Gewerkschaften besonders in Europa eine Idee, der Marxismus, Pate, so steht hinter der neuen Gewerkschaft im Entwicklungsgebiet, in einem neuen Grubengebiet oder in einem kolonialen Territorium, das sich auf dem Wege zur Selbständigkeit befindet, nicht die Idee, sondern der Intellektuelle an erster Stelle. Der Farbige, der in Oxford, auf einem Kursus der UNESCO, auf einer Studienreise durch Europa oder Nordamerika mit irgendeinem Stipendium Intellektueller geworden ist, wendet sich fast ebenso oft wie der Verwaltung oder einem europäisch geleiteten Institut oder Wirtschaftsunternehmen einer Gewerkschaftskarriere zu. Es ist erstaunlich, welch großer Prozentsatz der Personen,

die als Delegierte farbiger Gewerkschaften aus Asien, Afrika, Mittelamerika auftreten, reine Intellektuelle sind. Trotzdem kann man ihnen die Berechtigung, als Gewerkschaftsvertreter aufzutreten, nicht absprechen, denn oft sind diese Gewerkschaften Erzeugnisse ihrer eigenen Tätigkeit, wenn auch manchmal nur ihrer Phantasie.¹⁾ Aber sie haben ihre Gewerkschaft nicht auf Grund einer Idee oder Weltanschauung gegründet. Sie selbst haben meist noch keine. Sie besuchen die Kongresse, um „Anweisungen“ und Programme zu erhalten. Nimmt man hinzu, daß die Einzelmitglieder, soweit es sich um Handarbeiter handelt, Menschen sind, die sich aus der alten traditionellen Stammesgemeinschaft gelöst haben, oft Analphabeten blieben und neue Gemeinschaftsformen noch nicht gefunden haben, so sieht man deutlich den fundamentalen Unterschied zwischen den heutigen neuen Gewerkschaften junger Wirtschaftsgebiete und den europäischen Gewerkschaften der Frühzeit, die sich damals aus einer Handwerker- und Bauernschaft herausgebildet haben und ihre Vertreter in fast täglichem Zusammensein aus den eigenen Reihen wählten. In den Gebieten, in denen die Eingeborenen in Verwaltung und öffentliche Dienste einbezogen werden, liegt der Fall etwas anders. Dort bilden sich stark berufsmäßig eingestellte Personalverbände heraus, was nicht hindert, daß solche aus der Beamenschaft oder aus einer Angestelltenlaufbahn hervorgegangenen Funktionäre hauptberuflich oder als leitender Kopf auch einer Gewerkschaft der Plantagenarbeiter, Hafendarbeiter oder ungelerten Arbeiter vorstehen.

DER NATIONALISMUS ALS POLITISCHES MOTIV

Das Fehlen der ideologischen Grundlage hat drei wesentliche Folgeerscheinungen. Am weitesten verbreitet und für die weiße Welt am gefährlichsten ist das Überhandnehmen eines fanatischen Nationalismus. Die intellektuellen Führer teilen ihn manchmal nicht und sind über die Hemmungslosigkeit besorgt, mit der die Masse auch der „aufgeklärten“ Gewerkschaftler sich in jeden Aufstand gegen die weiße Oberschicht hineinziehen läßt. Eine weitere Folge ist, daß sich diese Gewerkschaften leicht als Anhängerschaft und Stoßtrupp politischer Ehrgeizlinge gebrauchen lassen. Das führt zur dritten Folgeerscheinung: der Einflußnahme verschiedenster Behörden, Organisationen und internationaler Organe. Diese Einflußnahme ist nützlich und anerkennenswert, soweit sie darauf abzielt, aus der gärenden Hefe, die die Gewerkschaftsbewegung in den jungen Gebieten noch darstellt, einen sachlichen, der modernen demokratischen Welt aufgeschlossenen Partner zu machen. Sie wird zum politischen Vabanquespiel, wo sie darauf hinaus will, das koloniale Territorium einer einheimischen oder mütterländischen Regierung durch die „Massen“ zu sichern. Sie ist eine Quelle der Beunruhigung und Be-

¹⁾ Aus einem afrikanischen Land meldete sich eine Gewerkschaft von 48 000 Mitgliedern zum Eintritt in eine Gewerkschaftsinternationale an. Nachforschungen ergaben, daß ein Beamter der Wirtschaftsverwaltung, der eine internationale Rolle spielen wollte, 300 seiner Untergebenen, Angestellten und Arbeiter zu einer „Gewerkschaftsgründung“, natürlich mit ihm als „president“, veranlaßt hatte.

drohung des Friedens und der demokratischen Freiheit, wo sie den Umsturz an sich, vielleicht noch auf Anstiftung des sowjetischen Machtstrebens, will.

Fast überall, wo es im Anschluß an den zweiten Weltkrieg zur Bildung neuer Staaten kam, standen die jungen einheimischen Gewerkschaften in der vordersten Front der Befreiungsbewegung. Das gilt für Indien wie für Indonesien, für die Malaienstaaten wie neuerdings für Marokko und Tunesien. Wo Befreiungsversuche — dieser Ausdruck soll kein Werturteil über deren Berechtigung abgeben — stattfanden, wurden sie von den dortigen einheimischen Gewerkschaften unterstützt, so auf Madagaskar 1945 bis 1947, in Indochina, Kenia und gegenwärtig auf Cypern und in Algerien. Daß die gegen die Befreiungsversuche ergriffenen Maßnahmen damit begründet wurden, daß man den Gewerkschaften kommunistische Tendenzen nachsagte, ist nicht verwunderlich, trifft aber nicht den Kern der Sache. Sicher war das nationalistische Streben der eigentliche Motor.

Die Ausnutzung der jungen gewerkschaftlichen Bewegung als Stoßtrupp für politische Führer ist der Grund dafür, daß in den lateinamerikanischen Gebieten seit der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen nur eine wirre, gespaltene, in innere Kämpfe verstrickte Gewerkschaftsbewegung entstanden ist, woran sich bis heute nichts geändert hat. Aber auch in Indochina, in Indonesien, in den afrikanischen Gebieten, die auf dem Wege zur Selbstverwaltung sind, zeigen sich solche Tendenzen. Vorgänge dieser Art, die in rational nicht erklärbaren inneren Auseinandersetzungen ihre Ursachen haben, werden sich noch lange in den jungen Industriegebieten fortsetzen. Sie werden der Betätigung mutterländischer Gewerkschaftsorganisationen, internationaler Gewerkschaftsverbände, aber auch der internationalen Arbeitsorganisation und anderer UN-Organe in den Entwicklungsgebieten manche harte Nuß zu knacken geben. Da die Behörden und die Diplomaten der an diesen Gebieten interessierten Staaten sich oft recht skrupellos des Ehrgeizes solcher Persönlichkeiten bedienen — nicht nur Sowjetrußland tut das —, ist hier immer die Möglichkeit einer Verfälschung der jungen Gewerkschaftsbewegung und damit der Schädigung der Gewerkschaftsidee gegeben.

DER KOMMUNISTISCHE EINFLUSS

Versucht man, die Rolle der alten europäischen und nordamerikanischen Gewerkschaften und der verschiedenen Gewerkschaftsinternationalen in den Entwicklungsgebieten zu schildern, so ergibt sich die Schwierigkeit, daß die kommunistische Gewerkschaftsbewegung geheim und in den meisten in Frage kommenden Gebieten illegal arbeitet. Offen liegt von ihrer Arbeit fast nur, was über die französische kommunistische Gewerkschaftszentrale geschah, außerdem Versuche, in Japan, in Indien, in den Malaienstaaten und in gewissen lateinamerikanischen Staaten Fuß zu fassen. In Afrika gilt als Hauptstützpunkt der Kommunisten der Sudan. Auch Nigeria, die Goldküste und Ägypten wiesen gelegentlich kommunisti-

sche Gewerkschaftsbildungen auf. Zahlen hierüber zu geben, wäre sinnlos. Einerseits ist die zahlenmäßige Rechnung bei den meisten Gewerkschaften lückenhaft²⁾, andererseits gibt es eine Unzahl von Gewerkschaften und Gewerkschaftsführern gerade in Afrika, Asien und auch Lateinamerika, die sich nicht binden wollen und nach allen gewerkschaftlichen Seiten „beobachten“. Vielleicht kann es darum als eine seltene Offenbarung von Ehrlichkeit bezeichnet werden, daß auf dem Kongreß des kommunistischen Weltgewerkschaftsbundes, der im Oktober 1953 in Wien tagte, Delegierte und Beobachter nicht getrennt, sondern zusammengefaßt in der Anwesenheitsliste aufgeführt wurden. Auf diesem Kongreß wurden als Vertreter junger Gewerkschaften aus Entwicklungsländern 74 Teilnehmer aus Asien, 21 Teilnehmer aus dem Nahen und Mittleren Osten und 46 Teilnehmer aus Afrika gezählt. In diese Kategorie mag auch ein Teil der 198 Teilnehmer aus Lateinamerika gerechnet werden. Welche und wie starke Gewerkschaftsorganisationen hinter diesen Leuten standen, ist ebenso unmöglich zu sagen, wie es feststellbar ist, wer von ihnen sich nur als Beobachter oder als Delegierter betrachtete.

Ein etwas klareres Bild ergibt eine Betrachtung der über den französischen kommunistischen Gewerkschaftsbund CGT (Confédération Générale du Travail) der kommunistischen Bewegung zugeführten Gewerkschaftsorganisationen in den französischen Überseegebieten. Seit den Zeiten der Volksfront-Regierungen kurz vor dem zweiten Weltkrieg bemühte sich die französische Gewerkschaftsbewegung, in den Kolonien Zweigorganisationen zu errichten, die der Pariser Zentrale angeschlossen blieben. Mit der CGT selbst ging die Mehrzahl dieser Organisationen während und nach dem Kriege in das kommunistische Lager über. Auf Madagaskar, in Dahome, im Senegal und in Indochina gab es recht beachtliche CGT-Zweigorganisationen, deren Kommunismus von den Kolonialbehörden geduldet wurde, solange der gemeinsame Kampf gegen die Vichy-Regierung und gegen die Feindmächte beide verband. Auch materielle Staatsunterstützungen erhielten diese jungen Gewerkschaften, denn man glaubte daran, daß sich das Kriegsbündnis nach dem Kriege fortsetzen würde und daß diese Organisationen als Zweige einer in Paris befindlichen Gewerkschaftszentrale unbedingt für die Aufrechterhaltung und Stärkung der Französischen Union eintreten würden.

Die erste Enttäuschung brachte Madagaskar, wo sich die Gewerkschaftsbewegung dem Freiheitskampf an-

²⁾ Der Verfasser nimmt davon Abstand, Mitgliederzahlen zu nennen. Erstens ist nicht zu ermitteln, ob im Einzelfall nur aktive und zahlende oder ob auch in irgendeiner Versammlung sich durch Handaufheben als Mitglieder meldende Personen gezählt worden sind; zweitens ist die Mitgliederzahl in Gewerkschaften, in denen das Mitglied individuell Beitrag leistet, von ganz anderer Bedeutung als in solchen, die vom Staat finanziert oder durch Wirtschaftsunternehmungen unterhalten werden; drittens ist es das Bestreben gewerkschaftsfreundlicher Statistiken, hohe Zahlen zu geben, während auch „amtliche“ Statistiken in gewerkschaftsablehnenden Staaten sich bemühen, nachzuweisen, daß die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder „unwesentlich“ sei. Nur in ganz wenigen europäischen Staaten haben die Angaben über die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder einen sachlichen Wert.

schloß, der auf die Wiederherstellung des alten, selbständigen Madagaskars abzielte. Nach der blutigen und unendlich grausamen Vernichtung dieser Bewegung wurden auch die Gewerkschaften verboten, deren meiste Führer hingerichtet worden sind. Die zweite Enttäuschung brachte Indochina. Auch hier stellte sich die Gewerkschaftsbewegung hinter die Kräfte, die eine Abtrennung von der Französischen Union verfolgten. Die dritte, vielleicht noch größere Enttäuschung brachten Tunesien und Marokko. Hier zeigte sich, daß die Unterstützung der Selbstständigkeitsbestrebungen im Grunde wenig oder nichts mit dem Kommunismus zu tun hatte. Die Gewerkschaften, die am Freiheitskampf teilnahmen, hatten sich nämlich von der CGT und vom kommunistischen Gewerkschaftsbund gelöst und erhoben ihre Unabhängigkeitsansprüche unter demokratischer Flagge. Als sich im Jahre 1947 die nichtchristliche Gewerkschaftsbewegung des französischen Mutterlandes erneut, und zwar zum dritten Male in weniger als dreißig Jahren, in eine kommunistische und eine demokratische, den Sozialisten nahestehende, jedoch nicht parteigebundene Gewerkschaftszentrale spaltete, gelang es den demokratischen Gewerkschaften (CGT-Force-Ouvrière) nur in geringem Maße, die kolonialen Zweigorganisationen zu sich herüberzuziehen. Die Kommunisten behielten große Teile dieser kolonialen Zweigorganisationen, obwohl sich immer ausgeprägter eine Tendenz nach unabhängigen, nicht an Paris gebundene Gewerkschaften durchsetzte. Sogar in den christlichen Gewerkschaften Frankreichs macht sich diese Tendenz bemerkbar, wenn sie auch immer die von der Kirche direkt geleiteten „katholischen Arbeitervereinigungen“ als Ausweichgleis benutzen können.

Die Tendenz der sog. Eingeborenen-Gewerkschaften, sich auf afrikanischer Grundlage selbständig zu machen, wurde im Jahre 1956 wieder einmal offenbar. Anfang 1956 lösten sich die Gewerkschaften der französischen Territorien südlich der Sahara vom Pariser CGT los und schlossen sich (bisher wohl nur auf brieflicher Basis) zu einem allgemeinen afrikanischen Gewerkschaftsbund zusammen. Im Juli folgten, wohl im Einverständnis mit Paris, die afrikanischen Zweigorganisationen des christlichen Gewerkschaftsbundes diesem Beispiel und gründeten einen „Afrikanischen Bund der gläubigen Arbeiter“. Man lud zu einer Konferenz nach Cotonu in Dahome alle Gewerkschaftsgruppen, auch solche der englischen Besitzungen in Afrika, zur Gründung einer von Europa unabhängigen afrikanischen Gewerkschaftsassoziatiion ein, und man vermutet, daß der kommunistische Weltgewerkschaftsbund diese Bewegung als Kompromißlösung fördert, weil der direkte Anschluß an den Kommunismus keinen Anklang fand. Es befinden sich unter den Befürwortern dieses Zusammenschlusses aber auch Afrikaner, die bei Tagungen der „Moralischen Aufrüstung“ zugegen waren. Auch nicht-kommunistische schwarze französische Abgeordnete stehen diesen Bestrebungen nahe. Afrikaner halten es deshalb für nicht ausgeschlossen, daß es sich wirklich

um eine panafrikanische Bewegung handelt, die nicht nur gegenüber den Europäern, sondern auch gegenüber der starken panarabischen Gewerkschaftsbewegung, die Nordafrika, den Nahen Osten und Teile des Mittleren Ostens erfaßt, die Selbständigkeit des schwarzen Afrikas betonen möchte. Ergebnis der Konferenz von Cotonu war die Einsetzung eines „Geschäftsführenden Koordinationsausschusses“, der die endgültige Gründung einer afrikanischen Gewerkschaftsinternationale vorbereiten soll.

DIE STELLUNG

DES INTERNATIONALEN BUNDES FREIER GEWERKSCHAFTEN
 Französische nicht-kommunistische Gewerkschaftskreise werfen den englischen Gewerkschaften und dem „Internationalen Bund Freier Gewerkschaften“ vor, daß sie an dieser Entwicklung schuld seien, die Engländer, weil sie von vornherein in ihren Kolonien selbständige Gewerkschaften gründeten, der IBFG, weil er Gewerkschaftsorganisationen, die als Gegenorganisationen gegen die mutterländischen Gewerkschaften in Paris gegründet worden waren, als Mitglieder aufnahm. Die diesen Vorwürfen zugrunde liegenden Tatsachen sind richtig. Sowohl die seit der Labour-Regierung in den Kolonien waltenden Sozial-Attachés als auch der englische Gewerkschaftsbund TUC unterstützen in den neuen Industriebezirken die Gründung selbständiger einheimischer Gewerkschaften. Sie helfen diesen Organisationen moralisch, mit guten Ratschlägen und mit gewerkschaftsfreundlichen Verwaltungsmaßnahmen, aber auch finanziell. Der IBFG hat Gewerkschaftsorganisationen in Madagaskar, Tunesien, Marokko und neuerdings in Algerien trotz schärfsten Widerspruchs der Force-Ouvrière als selbständige Mitglieder aufgenommen, soweit sie den Satzungen und Aufnahmebedingungen entsprachen.

Es fragt sich, ob diese Taktik nicht viel weitblickender gewesen ist als das Pariser Bestreben, das vielerorts von den französischen Behörden unterstützt wurde, nämlich Gewerkschaften nur dann zu dulden und zu unterstützen, wenn sie einem Pariser Gewerkschaftsbund — und sei es der kommunistische — angehören. Rein gewerkschaftlich gesehen, bieten die Gebilde, die als Gewerkschaften in englischen Besitzungen bestehen und sich als Mitglieder dem IBFG direkt oder einer Berufsinternationale angeschlossen haben, ein klareres Bild als das Durcheinander der gewerkschaftlichen Gruppierungen verschiedener Richtungen in den französischen Kolonien. Wenn England jetzt daran denken kann, der Goldküste die staatliche Selbständigkeit zu geben, so hat zweifellos dazu beigetragen, daß es dort gelungen ist, eine Gewerkschaftsbewegung zu schaffen, die kommunistischen und anarchistischen Bestrebungen im ganzen abhold ist.

Es ist begreiflich, daß bei den Bemühungen der englischen Gewerkschaften und Kolonialverwaltungen um den Aufbau eines demokratischen Gewerkschaftswesens in den Kolonien und Protektoraten die Hoffnung Pate steht, dadurch die Kräfte zu stärken, die für ein Verbleiben im Commonwealth eintreten. So

ist die junge Gewerkschaftsbewegung hier und da in das politische Spiel einbezogen worden. Es ist den britischen Gewerkschaften auch gelungen, gelegentlich ihre Commonwealth-Interessen dank ihrer vorherrschenden Stellung im IBFG durchzusetzen, so in bezug auf Britisch-Westindien, Honduras, Guayana und Cypern. Aber es muß zugegeben werden, daß in allen diesen Fällen infolge der verworrenen und widerspruchsvollen Sachlage die politischen und persönlichen Auseinandersetzungen eine zu große Rolle spielten, als daß mit Sicherheit eine alleinrichtige Entscheidung hätte getroffen werden können. Wenn man ferner bedenkt, daß der jetzt vereinigte nordamerikanische Gewerkschaftsbund AFL/CIO, der neben der TUC im IBFG eine Führerrolle beansprucht, die nationalen Ansprüche der neuen Gewerkschaften mit einer oft kindlichen Naivität verfehlt, so sieht man daraus, daß auch die anti-kolonialen Interessen genügend zur Geltung kommen.

Der Internationale Bund Freier Gewerkschaften ist wohl von allen bisherigen Gewerkschaftsinternationalen diejenige, die am aktivsten auf eine systematische gewerkschaftliche Erfassung und Schulung der industriellen Arbeitermassen hinarbeitet, die im Gefolge der wirtschaftlichen Entwicklung in bisher mehr oder weniger naturalwirtschaftlichen Gebieten entstehen. Das Ringen um diese neuen Arbeitermassen war bereits einer der Gründe, die zur Abspaltung der westlichen Gewerkschaften aus dem kommunistisch gewordenen Weltgewerkschaftsbund im Jahre 1949 führten. Wollte sich der neue Bund außerhalb Europas und Nordamerikas durchsetzen, so mußte er die alten und jungen Gewerkschaften der übrigen Weltteile zu sich herüberziehen. Den durch Industrialisierung, Bürgerkrieg, Besetzung und Befreiung entwurzelten Massen in Asien, Afrika und vielen Teilen Lateinamerikas mußte der Weg zur gewerkschaftlichen Organisation als ein Zugang zur westlichen Welt geöffnet werden. Nicht nur die kommunistischen und faschistischen, sondern auch die lateinamerikanischen Diktaturen hatten erkannt, daß eine moderne Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung nicht ohne eine Form gewerkschaftlicher Organisation zu erreichen ist.

Den alten Gewerkschaften in Westeuropa konnte der IBFG nicht viel Neues sagen. In seiner paneuropäischen Betätigung bewegt er sich recht oberflächlich im Schlepptau der zwischenstaatlichen Integrationsbemühungen. Aber den braunen, gelben und schwarzen Massen konnte er neue Ideen und alte Erfahrungen vermitteln. Schließlich konnte er nicht unbeträchtliche Spenden aufbringen, um den jungen und schwachen Gewerkschaftsgruppen, denen es, vom Schreibmaterial angefangen, an allem fehlt, die einfachsten materiellen Voraussetzungen für ihre Organisationsarbeit zu schaffen. Wie weit aber diese traditionellen Erfahrungen der klassischen Gewerkschaftsbewegung für die jungen Gewerkschaften Gültigkeit behalten werden, ist eine andere Frage.

Um die Gründung oder den Anschluß von Gewerkschaften in wirtschaftlichem oder politischem Neuland

zu fördern, geht der IBFG drei Wege: Entsendung von Missionen oder Delegationen in diese Länder, Gründung ständiger Beratungs-, Propaganda- und Schulungszentren in diesen Ländern und finanzielle und materielle Hilfe an junge, noch schwache Organisationen, die sich häufig als Nachlaß von Mitgliedsbeiträgen niederschlägt. Indirekt setzt sich der IBFG durch eine Unzahl von Resolutionen, Stellungnahmen und Erklärungen für die Gewerkschaften ein, die man zu gewinnen hofft oder deren Bestand gefährdet ist. Dazu kommen Stellungnahmen zu den wirtschaftlichen und politischen Problemen der Entwicklungsgebiete und ihrer Bevölkerungen im allgemeinen. Dieses Material geht nicht nur der Presse zu, die allerdings wegen ihrer einseitig englischen Ausrichtung nur wenig Gebrauch davon macht, sondern wird den zwischenstaatlichen Organisationen und den betreffenden Regierungen überreicht.

Da der IBFG bei der UNO, bei der IAO und bei den meisten Sonderorganen der UNO beratend vertreten ist, werden seine Schreiben offiziell allen Mitgliedern dieser Organisationen zugestellt und die Stellungnahmen seiner Vertreter auf Tagungen dieser Organisationen in das offizielle Sitzungsprotokoll aufgenommen. Der konsultative Status erlaubt es dem IBFG, seine Vertretungen für solche Tagungen selbst zu bestimmen, so daß er beispielsweise die Möglichkeit hat, auf asiatischen Tagungen der UNO-Wirtschaftskommission die Funktionäre asiatischer Gewerkschaftsorganisationen zu Worte kommen zu lassen. Hierbei rechnet man weniger mit ihrer speziellen Sachkenntnis (denn ihre offiziellen Erklärungen werden im allgemeinen im Hauptsitz des IBFG in Brüssel ausgearbeitet), sondern man will damit die jungen Gewerkschaftsorganisationen fördern.

Diese Betätigung der Gewerkschaftsinternationale in dem gewerkschaftlichen Neuland vollzieht sich innerhalb des legalen Rahmens, Delegationen und Missionen können also nur Länder bereisen, die eine unabhängige Gewerkschaftsbildung erlauben und deren Fühlungnahme mit ausländischen Gewerkschaftsabteilungen zulassen. So konnte ein großer Teil Afrikas bereist werden, aber nicht Belgisch-Kongo, wo es keine Gewerkschaftsfreiheit gibt, nicht Saudi-Arabien mit seiner starken neuen Erdölarbeiterschaft, nur mit Einschränkungen Thailand, Ägypten und Indonesien. Auch derjenige Teil lateinamerikanischer Länder, die diktatorisch regiert werden und ein staatlich kontrolliertes Gewerkschaftswesen aufgezogen haben, hat sich den Besuch von IBFG-Delegationen verboten. Frankreich verweigerte öfter Delegationen die Einreise in das eine oder andere Gebiet der Französischen Union. Die Gebiete, die der Bereisung durch IBFG-Abgesandte ziemlich offen standen oder stehen, sind in der Hauptsache Länder des Commonwealth, wovon jedoch schon die Südafrikanische Union auszunehmen ist, und eine Reihe der neuen Staaten, die versuchen, sich eine demokratische Staatsform zu geben. Eine Bereisung der Gebiete innerhalb des Sowjetblocks lehnt der IBFG von sich ab.

DER AUFBAU VON REGIONALORGANISATIONEN

Auf Grund der Ergebnisse der Informations- und Propagandareisen, die schon 1950 begannen, wurden Zweigbüros und Schulungszentren errichtet. So besteht in Akkra an der Goldküste ein „Westafrikanisches Informations- und Beratungszentrum“; eine ähnliche Stelle für Ostafrika befindet sich in Nairobi. In Asien errichtete man ein Zweigbüro in Kalkutta, das mit einem Schulungszentrum, das den etwas anspruchsvollen Namen „Asiatische Gewerkschafts-akademie des IBFG“ führt, verbunden ist. Weitere Zweigbüros errichtete man in Tokio, in Westindien auf der Insel Barbados, in Lateinamerika in Santiago de Chile und Rio de Janeiro. Diese Streuung zeigt, daß es sich in Asien und Lateinamerika nicht nur um die Bearbeitung neuer Gebiete handelt, sondern auch darum, die schon lange bestehenden Gewerkschaften für den IBFG zu gewinnen. Das trifft besonders für Japan und Chile zu, während Brasilien vom IBFG eigentlich übergangen werden müßte, da die dortigen Gewerkschaften staatliche Organisationen des Arbeitsministeriums mit staatlicher Finanzierung und ministeriell zu genehmigender Leitung sind. Die Aufnahme der brasilianischen Gewerkschaften in den IBFG war typisch weltpolitisch begründet, um ein Gegengewicht gegen die peronistischen Gewerkschaften zu schaffen. In Japan hat man bisher keine glückliche Hand gehabt, was wohl nicht zuletzt am Ehrgeiz der AFL gelegen haben dürfte, die sich unter dem Schutz der Besatzung auf eigene Faust um die Errichtung eines nordamerikanischen ausgerichteten Gewerkschaftswesens bemühte. Über der internationalen Gewerkschaftsarbeit in Asien schwebt die Unsicherheit, ob nicht doch eines Tages durch einen panasiatischen Gewerkschaftszusammenschluß eine Absage an die von Brüssel ausgehende angelsächsisch orientierte Bevormundung erteilt wird. Man will dieser Gefahr wohl dadurch vorbeugen, daß man dem asiatischen Teilverband den Charakter einer eigenen asiatischen Regionalorganisation verleiht.

Auch für Afrika ist die Errichtung einer eigenen Regionalorganisation geplant. Sie soll wohl in erster Linie eine Gegenmaßnahme sein gegen die bereits erwähnten Bestrebungen, die mehr oder weniger kommunistisch ausgerichtet sein dürften, eine selbständige afrikanische Gewerkschaftsinternationale zu bilden. Gleichzeitig begegnet sich die Absicht des IBFG mit den seit einem Jahr betriebenen Versuchen, die Gewerkschaften Nordafrikas und des Nahen Ostens in einer panarabischen Gewerkschaftsinternationale zusammenzufassen. Kairo, das eine halbstaatliche Gewerkschaftsorganisation aufgezogen hat, von der einige Verbände zwar nicht dem IBFG direkt, aber mit ihm zusammenarbeitenden Berufsinternationalen angehören, wird als Fürsprecher dieser panarabischen Bestrebungen genannt. Im Januar 1957 fand eine erste Konferenz afrikanischer Gewerkschaften unter der Ägide des IBFG in Akkra statt.

Von den Berufsinternationalen bemühen sich die Internationale Transportarbeiter-Föderation, die In-

ternationale der Bauarbeiter, der Landarbeiter, der öffentlichen Dienste und andere sehr darum, die innerhalb ihres Berufszweiges neu entstandenen überseeischen Verbände einzubeziehen oder die Arbeitnehmer neu entstandener Wirtschafts- und Verwaltungszentren zu organisieren.

Die regionale Organisationsarbeit des IBFG wurde früher auf der Basis freiwilliger Beiträge der angeschlossenen Organisationen durchgeführt. Dem zu diesem Zweck geschaffenen „Regionalfonds“ steuerten 14 Berufsinternationalen, 16 der angeschlossenen Landesorganisationen, vor allem der britische Gewerkschaftsbund, die kanadischen Gewerkschaftsbünde und der nordamerikanische CIO bei. Die AFL unterstützte die sie interessierenden jungen Organisationen direkt, was nach der Vereinigung der AFL und CIO künftig wegfallen soll. Der DGB hat ebenfalls in vergangenen Jahren beträchtliche Beträge zur Verfügung gestellt, wenn auch seine aktive Mitarbeit an diesem Zweig des IBFG mehr repräsentativen Charakter trug. Nicht unwesentliche Mittel wurden auch für die Stärkung der anti-kommunistischen französischen Gewerkschaftsbewegung eingesetzt. Die Abhängigkeit der Arbeit in den neuen und umkämpften Gebieten von freiwilligen Beiträgen und andere Schwächen sind auf dem Wiener Kongreß im Mai 1955 beseitigt worden. Die Mitgliedsbeiträge wurden durch einen Sonderbeitrag zum Regionalfonds erhöht, und der Posten eines nur dem Vorstand verantwortlichen Organisationsdirektors wurde geschaffen. Der neue Organisationskörper hat im Oktober 1956 seine Arbeit aufgenommen. Sein Leiter wurde der kanadische Gewerkschaftler Charles Millard, der durch seine Teilnahme an Delegationen und seine Beteiligung an der regionalen Tätigkeit über eine gewisse Sachkenntnis verfügt.

Auch die Christliche Gewerkschaftsinternationale hat in Afrika und in Lateinamerika Zweigbüros für die Organisierung neuer Mitgliedschaften errichtet. Obwohl sie ihrer Größe nach gegenüber dem IBFG unbedeutend ist, kann sie bei ihrer Arbeit in den neuen Gebieten mit zwei positiven Faktoren rechnen. In vielen Gebieten (so beispielsweise im Kongo), wo noch keine Gewerkschaften zugelassen sind oder sich ihre Bildung noch nicht lohnt, besitzt sie eine „proletarische Reservearmee“ in den von Missionaren gebildeten „Katholischen Vereinen der Arbeiter und Jungarbeiter“. Eine beachtliche Anzahl farbiger Priester, Wohlfahrtspfleger und Helfer sind gerade in der Zeit nach dem letzten Weltkrieg in den neu erschlossenen Gebieten von den Missionen und den kirchlichen Lehrinstituten ausgebildet worden. Dadurch braucht die katholische Gewerkschaftsinternationale bei ihrer Organisationsarbeit viel weniger auf angelsächsisches Personal zurückzugreifen als die freie Gewerkschaftsorganisation. Damit löst sich aber auch das wohl delikateste technische Problem, nämlich welcher Sprache sich die neuen Gewerkschaften bedienen sollen. Während beispielsweise der IBFG seine Publikationen für Westafrika in englischer

Sprache herausgibt und seine Lehrkräfte in Schulkursen meist englisch reden, verfügt die katholische Internationale schon jetzt über Blätter in Suaheli, Arabisch und Indonesisch. Außerdem kann sie den neuen Gewerkschaften wohl in allen Teilen der Welt Führer ihrer eigenen Nationalität stellen.

Beide Gewerkschaftsinternationalen treffen jedoch auf eine „dritte Kraft“: auf die staatliche Gewerkschaftsorganisation. Wir haben schon verschiedentlich erwähnt, daß eine Reihe neuer Staaten in der Erkenntnis, daß eine gewerkschaftliche Organisierung in einer industriellen Gesellschaft nicht zu umgehen ist, sich entschlossen haben, Gewerkschaften unter staatlicher Kontrolle und als Staatsmonopol zu gründen. Das gilt nicht nur für Brasilien und andere lateinamerikanische Staaten, sondern diese Tendenz

herrscht auch in der Türkei und bei einigen Erdölkündern des Mittleren Ostens vor. Sie besteht auch in der Südafrikanischen Union, zumindest soweit es sich um schwarze Gewerkschaften handelt, im Sudan, in Äthiopien und heute anscheinend auch im Iran. Tatsachen soll man nicht verschweigen. Das Gewerkschaftsbild wird im Zuge der fortschreitenden Industrialisierung nicht einheitlicher, sondern vielfältiger denn je. Wenn überhaupt noch von einer „weltumfassenden“ Gewerkschaftsinternationale die Rede sein kann, so dürfte sich diese bald auf eine Art Zweckverband beschränken, eine Tendenz, die gelegentlich heute schon recht deutlich in dem beschränkten Kreis der Vertreter der Arbeitnehmer offenkundig wird, die zu den Arbeitskonferenzen der Internationalen Arbeitsorganisation in Genf erscheinen.

Summary: Foundation of Trade Unions in Developing Areas. The author gives a synopsis of the political, economic, social and especially the personnel problems that influence the foundation and the working of young trade unions in developing countries. He points out that the development of a labour movement today must be accepted as a phenomenon necessarily accompanying industrialization, otherwise crises and trials of strength will be occasioned. According to the different political structures of the different countries, the young trade unions are of a very different character, especially since they are no more founded by emigrants of Europe. On the other hand, the motive of the foundation generally is the same as ever, namely, the labour dispute. Today an ideology is lacking in most cases, in spite of the fact that the role of the intelligentsia seems to be increasing as compared with former times. The lack of an ideology has three consequences. The first is the spreading of radical nationalism; another consequence is that the young trade unions are constantly endangered to be misused by political groups as an instrument of political power and the third is that they are not in all cases able to resist government interference. The author points at the fact that many difficulties the trade union internationals meet are consequences of this. The role of the communists in the trade unions of the developing countries is discussed, especially their role in the oversea territories of France. The second half of the paper is concerned with the problems of the International Confederation of Free Trade Unions. The aid programmes of this agency for young trade unions are discussed and especially the problems arising from the struggle of national interests inside the organization.

Résumé: Le syndicalisme dans les pays sous-développés. L'auteur trace un tableau des éléments politiques, économiques sociaux et surtout personnels exerçant une influence sur l'organisation et le travail des jeunes syndicats dans les pays sous-développés. Il constate que presque partout l'idée s'est fait jour qu'un mouvement syndicaliste est la suite logique d'une industrialisation progressive. Nier ce fait serait conjurer des crises et des luttes sociales. Bien que les militants du mouvement syndicaliste ne soient plus, comme à ses débuts, des immigrants européens, mais des indigènes, il résulte de la situation politique fort différente des pays individuels que les jeunes syndicats sont loins d'avoir les mêmes traits caractéristiques, tout au contraire. Il va sans dire, d'autre part, que la cause du mouvement syndicaliste est toujours le conflit de travail, tandis qu'on peut constater, en général, un manque d'idéologie. Ceci est vrai malgré le rôle plus important qu'au paravant des intellectuels. Ce manque d'idéologie expose les jeunes syndicats à trois dangers: 1. excès d'un nationalisme fanatique; 2. aspirations d'hégémonie de groupes politiques; et 3. manque de moyens de défense contre l'immixtion des autorités. L'auteur souligne les difficultés résultant de ces données pour l'organisation et le fonctionnement de fédérations syndicales internationales. Il analyse le rôle des communistes dans les syndicats des pays sous-développés, surtout dans les territoires d'outre-mer français. L'auteur traite ensuite des problèmes de la CISL. Il souligne les difficultés résultant de ces données pour le fonctionnement de cette organisation. Il nous renseigne sur l'aide procurée par la CISL ainsi que sur les discussions d'ordre politico-nationale dans ce cadre.

Resumen: Formaciones de sindicatos en países en estado de desarrollo. El autor da una vista de conjunto de los factores, políticos, económicos, sociales y en particular personales que influyen en la formación y el trabajo de los jóvenes sindicatos en países ultramarinos. Hace constar que se ha reconocido en todas partes que se debe tolerar el desarrollo de un movimiento sindical como síntoma concomitante de la industrialización si se quiere evitar crisis y luchas del poder. Resulta de las diferentes situaciones políticas en los diferentes países, que los jóvenes sindicatos adoptan muy diferentes formas, porque por lo común no son fundados, como en el pasado, por inmigrantes europeos, aunque el motivo de la formación de sindicatos es el mismo, a saber el conflicto de trabajo. Pero en la mayoría de los casos falta hoy la ideología, aunque, como parece, los intelectuales hoy día desempeñan un papel más importante a la formación de sindicatos. La falta de la ideología tiene tres consecuencias. Primeramente un excesivo nacionalismo fanático, pero también el hecho de que los jóvenes sindicatos continuamente corren el riesgo de ser usados de los grupos políticos como instrumento de poder y terceramente, que no son armados bastante contra la intervención de las autoridades. El autor señala que de este hecho resultan dificultades especiales para los internacionales sindicales. A continuación explica el papel que representan los comunistas en los sindicatos en los países en estado de desarrollo entrando en las disputas en los territorios franceses. La segunda parte del artículo se ocupa de los problemas de la Confederación Internacional de Sindicatos Libres. Se estudian la ayuda prestada por la CISL a los jóvenes sindicatos y los problemas que resultan de la disputa nacional-política dentro de la CISL.